

Call for Papers

**Sicherungsversprechen im Wandel: Aktuelle verteilungspolitische
Konfliktlinien im deutschen Sozialstaat**

Jahrestagung der Sektion „Sozialpolitik“ an der Ernst-Abbe-Hochschule Jena

Organisation: Stefanie Börner | 11./12. März 2027

Die gegenwärtigen sozialstaatlichen Debatten in Deutschland sind von tiefgreifenden verteilungspolitischen Konflikten geprägt, die sich sowohl entlang klassischer sozioökonomischer Ungleichheiten als auch neuer gesellschaftlicher Bruchlinien entfalten. Gleichzeitig ist davon auszugehen, dass die aktuellen politischen Diskurse diese Verteilungskonflikte auch ihrerseits prägen, indem sie sie verschärfen bzw. vernachlässigen oder neue Konfliktkonstellationen hervorbringen. Die Tagung nimmt diese Dynamiken zum Ausgangspunkt, um einerseits die zentralen Reformprozesse im deutschen Sozialstaat – die Sicherungsversprechen – zu analysieren und andererseits den verteilungspolitischen Konfliktlinien – den Sicherungskämpfen – nachzuspüren.

Im Bereich der Grundsicherung markieren die anhaltenden Debatten um die Einführung der Neuen Grundsicherung die Spannungen zwischen Absicherung und Aktivierung sowie zwischen unterschiedlichen Gruppen von Leistungsbeziehenden. Die Auseinandersetzungen um die Angemessenheit von Regelsätzen, Sanktionsmechanismen und Zumutbarkeitsregeln verweisen auf konkurrierende Leitbilder sozialstaatlicher Verantwortung und individueller Selbstverantwortung sowie unterschiedliche Vorstellungen über den Zuschnitt des Zugangs zu steuerfinanzierten Sozialleistungen. Die Tatsache, dass die Diskussionen über den Zugang zu Grundsicherungsleistungen nicht mehr nur ausschließlich entlang von leistungsbezogenen Merkmalen verlaufen, sondern auch von askriptiven Merkmalen wie Herkunft, zeugt zudem davon, dass Verteilungsfragen in zunehmendem Maße identitätspolitisch aufgeladen sind, was ebenfalls zu einer Verschiebung politischer Konfliktlinien beiträgt. Dadurch rücken gegenwärtige gesellschaftspolitische Kontroversen in den Blick, etwa Migrations- und Integrationspolitiken, Fragen um den Zugriff auf die Arbeitskraft oder die Ausgestaltung von Arbeits- und privat verfügbarer Zeit.

Auch die Reformprozesse in der Alterssicherung, Pflege und Gesundheitsversorgung machen grundlegende Konfliktlinien im deutschen Sozialstaat sichtbar. Im Bereich der Alterssicherung steht die langfristige Stabilität der gesetzlichen Rentenversicherung zur Debatte, was politische Auseinandersetzungen um das Rentenniveau, die Rolle kapitalgedeckter Elemente sowie grundlegende Fragen inter- und intragenerationeller Gerechtigkeit auf den Plan ruft. Es zeigen sich deutliche Unterschiede im Niveau der Renten, etwa aufgrund zunehmender prekärer Erwerbsverläufe, Niedriglohnphasen oder geschlechtsspezifischer Unterschiede in Erwerbsbiografien. Die Pflegepolitik steht vor ähnlichen Herausforderungen: steigende Eigenanteile, ein chronischer Fachkräftemangel und die zunehmende Limitation informeller Pflegearrangements werfen die Frage auf, wie die Lasten zwischen Staat, Beitragszahlenden und Familien

gerecht verteilt werden können. Die aktuelle Finanzreform des Gesundheitssystems mit dem Ziel der Kosteneinsparungen stellt einen weiteren zentralen Reformprozess dar, der unter dem Oberbegriff der gerechten Lastenverteilung kontrovers diskutiert wird.

Diese Debatten und Reformen werfen nicht nur Fragen nach der zukünftigen Organisation der Sicherungssysteme auf, sondern berühren auch grundlegende normative Prinzipien des deutschen Sozialstaats: Sollen einzelne Bereiche stärker marktförmig organisiert werden oder muss die öffentliche Daseinsvorsorge angesichts vielfältiger Krisen und Transformationsprozesse ausgeweitet werden? Müssen Eigenverantwortung, Selbstbeteiligungs- und Mitwirkungselemente stärker betont werden? Welche Personengruppen erhalten Zugang zu Sozial- und Versorgungsleistungen?

Die genannten Entwicklungen sind eng miteinander verflochten und erzeugen neue Konfliktkonstellationen, die sich in politischen Aushandlungen, Reformvorhaben und gesellschaftlichen Diskursen widerspiegeln. Vor diesem Hintergrund zielt die Tagung darauf ab, die zentralen verteilungspolitischen Konfliktlinien im deutschen Sozialstaat interdisziplinär zu analysieren und in ihren Wechselwirkungen zu betrachten. Im Mittelpunkt sollen dabei nicht nur Verteilungskonflikte zwischen verschiedenen Adressat:innen von Sozialpolitik stehen, sondern auch Konfliktlinien in politischen Aushandlungen und Konflikte zwischen unterschiedlichen sozialpolitischen Leitideen und ihren jeweiligen Sicherungsversprechen. Ziel ist es, unterschiedliche Disziplinen und Perspektiven etwa aus der Sozialpolitikforschung, der Sozialen Arbeit, der Ungleichheits- und Migrationsforschung zusammenzubringen. Ausgehend davon sollen im Rahmen der Tagung folgende Fragestellungen adressiert werden:

- Wie verändern sich die normativen Leitbilder des deutschen Sozialstaats im Spannungsfeld von Aktivierung, Absicherung und sozialer Teilhabe?
- Wie wirken sich aktuelle sozialpolitische Reformen – etwa im Bereich Grundsicherung, Rente oder Kinder- und Jugendhilfe – konkret auf unterschiedliche soziale Gruppen aus? In welche Richtung verändert sich der Sozialstaat dadurch?
- In welcher Weise verschieben sich dadurch gesellschaftliche Sicherungskämpfe und Konfliktlinien, etwa entlang von Kohorte/Generation, Geschlecht, Migration oder Region?
- Welche Rolle spielen politische Diskurse, Medien und parteipolitische Narrative bei der Politisierung sozialstaatlicher Verteilungsfragen? Inwiefern haben diskursive Setzungen und stereotypisierende Kategorien wie die der „Totalverweigerer“ oder der „Lifestyleteilzeit“ das Potential, bestehende Verteilungskonflikte z. B. zu verschärfen oder neue Konfliktlinien zu schaffen?
- Welche geschlechtsspezifischen Auswirkungen haben die aktuellen Entwicklungen und wie können intersektionale Perspektiven zu einem tieferen Verständnis beitragen?

Die Tagung versteht sich als interdisziplinäres Forum, das verschiedene sozialwissenschaftliche und sozialpolitische Perspektiven zusammenführt, um die gegenwärtigen Transformationen des deutschen Sozialstaats differenziert zu analysieren und zukunftsorientierte Perspektiven zu entwickeln.

Einreichungen von Forschenden aller Qualifikations- und Karrierestufen sowie Akteuren aus der Praxis sind willkommen. Die Übernahme von Reisekosten kann bei Bedarf geprüft werden. Wir freuen uns über aussagekräftige Abstracts im Umfang von circa 500 Wörtern

bis zum 23. Oktober 2026 an: stefanie.boerner@eah-jena.de.